

WARUM EINE EINBÜRGERUNG FÜR DIE DRITTE AUSLÄNDERGENERATION WICHTIG IST

Anita Manatschal
23rd Januar 2017



Was nützt die Staatsbürgerschaft? Die Abstimmung über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration vom 12. Februar wirft diese Frage auf. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass der Nutzen der Staatsbürgerschaft über die politische Mitsprache hinausgeht. Noch wichtiger als jeglicher greifbare Nutzen scheint darum das Signal, das mit der anstehenden Abstimmung ausgesendet wird.

MACHT STAATSBÜRGERSCHAFT ÜBERHAUPT EINEN UNTERSCHIED?

Am 12. Februar 2017 stimmen die Schweizerinnen und Schweizer darüber ab, ob Ausländerinnen und Ausländer der dritten Generation erleichtert eingebürgert werden sollen. Betroffen ist zum Beispieler eine in der Schweiz geborene Ausländerin, deren Eltern bereits in der Schweiz aufwuchsen, deren Grosseltern jedoch in die Schweiz eingewandert waren. In vielerlei Hinsicht unterscheidet sie sich kaum von ihrer Schweizer Freundin, deren Grosseltern gebürtige Schweizer waren. Vermutlich sind beide grösstenteils in der Schweiz sozialisiert worden und zur Schule gegangen und es ist anzunehmen, dass beide fließend eine Schweizer Landessprache sprechen.

Die beiden unterscheiden sich vor allem darin, dass die Schweizerin an nationalen Wahlen und Abstimmungen teilnehmen darf, während der Ausländerin diese politische Mitsprache verwehrt bleibt. Macht angesichts dieser grossen Ähnlichkeiten zwischen Personen der dritten Ausländergeneration und

einheimischen SchweizerInnen ein einfacherer Zugang zur Staatsbürgerschaft überhaupt noch einen Unterschied? Was bedeutet der Zugang zu Staatsbürgerschaft für die betroffenen Individuen? Und wie beeinflusst er die individuelle Integration?

INTERNATIONALE UND NATIONALE WISSENSCHAFTLICHE BEFUNDE

Zahlreiche Studien verweisen auf die vielfältigen positiven Auswirkungen von Staatsbürgerschaft, die von gesteigertem politischem Interesse bis hin zu einem höheren Einkommen reichen. So belegen Studien aus den USA, dass eingebürgerte ImmigrantInnen stärker politisch mobilisiert sind als nicht eingebürgerte. Untersuchungen zu europäischen Ländern decken zudem auf, dass sich ImmigrantInnen in Ländern mit tieferen Einbürgerungshürden stärker mit der Politik des Aufnahmelandes identifizieren, während sich ihre politischen Anliegen in Ländern mit höheren Hürden wie zum Beispiel der Schweiz eher in Richtung Heimatland orientieren.

Nebst politischer Aktivierung bringt Staatsbürgerschaft aber auch messbare wirtschaftliche Vorteile mit sich, wie etwa einen unbeschränkten Zugang von eingebürgerten Personen zum Arbeitsmarkt. In diversen europäischen Staaten haben AusländerInnen nur beschränkt Zugang zu staatlichen Anstellungen, beispielsweise in der Verwaltung, oder zu Berufen in gewissen hochdotierten Branchen wie Medizin oder dem Rechtswesen. Darüber hinaus beeinflusst Staatsbürgerschaft Studien zufolge auch das Lohnniveau. In Ländern wie Kanada, Dänemark, Deutschland, Norwegen, den Niederlanden, Schweden und den USA, wird der «Lohnbonus» von Staatsbürgerschaft – abzüglich anderer individueller Merkmale – zwischen einem und fünf Prozent geschätzt.

Grundsätzlich ist es jedoch schwierig, einen allfälligen Effekt von Staatsbürgerschaft auf die individuelle Integration unabhängig von anderen Faktoren zu schätzen. Integrationsindikatoren wie politische Aktivität oder das Lohnniveau werden in der Regel nicht nur durch Staatsbürgerschaft, sondern vor allem auch durch die Motivation oder Fähigkeiten eines Individuums bestimmt – was wiederum die Entscheidung, sich einbürgern zu lassen, beeinflussen dürfte. Doch auch Studien, die den Effekt von Staatsbürgerschaft sehr glaubhaft isolieren können, belegen die integrationsfördernde Wirkung eines einfachen Zugangs zu Staatsbürgerschaft.

Ein Beispiel bietet die Einführung des *jus soli* Einbürgerungsprinzips in Deutschland im Jahr 2000, das in Deutschland geborenen Kindern von permanent niedergelassenen ImmigrantInnen automatisch den deutschen Pass verleiht. Diese Reform hat die Familienplanung von eingewanderten Eltern, deren Kinder direkt nach Einführung der Reform geboren wurden und so in Genuss der *jus soli* Staatsbürgerschaft kamen, nachweislich beeinflusst: sie investierten mehr in deren individuelle und soziale Entwicklung und tendieren gleichzeitig dazu, insgesamt weniger Kinder zu haben.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen auch für den Fall der Schweiz, dass Staatsbürgerschaft den Integrationsprozess anregt: Eingebürgerte ImmigrantInnen engagieren sich demnach hierzulande signifikant häufiger politisch und weisen ein höheres politisches Wissen auf als vergleichbare AusländerInnen. Zudem haben eingebürgerte Personen stärker das Gefühl, die

eigene Meinung zähle etwas. Sie lesen häufiger Schweizer Zeitungen und planen längerfristiger in der Schweiz zu bleiben als ihre ausländischen Pendants.

WICHTIGES SYMBOLISCHES ZEICHEN

Insgesamt legt der kurze und gezwungenermassen unvollständige Abriss der existierenden Forschung zum Thema nahe, dass Staatsbürgerschaft eine Rolle spielt, die weit über blosser politische Mitsprache hinausgeht. Indem Staatsbürgerschaft Zugang zu politischer Mitsprache schafft, leistet sie einen wichtigen Beitrag zur individuellen Integrationsförderung. Wie im [Eröffnungsblog](#) dieser Serie ausführlich diskutiert, bringt die Abstimmungsvorlage vom 12. Februar nur bescheidene Einbürgerungserleichterungen für die dritte Ausländergeneration mit sich. Ein moderates Reformvorhaben also, das nicht vergleichbar ist mit der Einführung des *jus soli* Prinzips für Einwanderer und Einwanderinnen der zweiten Generation in Deutschland.

Ungeachtet der minimalen rechtlichen Auswirkungen – symbolisch kommt dieser Abstimmung eine grosse Bedeutung zu. Staatsbürgerschaft bringt nämlich nicht nur greifbare oder materielle Vorteile mit sich, sondern sie hat auch eine symbolische Wirkung. Weit wichtiger als die formale Einbürgerungspolitik ist dabei die offizielle Haltung gegenüber ImmigrantInnen. Werden diese als verdienstvolle und gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft erachtet, sendet dies ein ganz anderes Signal, als wenn sie primär als Sicherheits- oder Kostenrisiko wahrgenommen werden.

Internationale Studien zeigen, dass die offizielle Haltung gegenüber ImmigrantInnen die Integration beeinflusst. Fühlen sich Einwanderer und Einwanderinnen willkommen, fällt es ihnen leichter, sich mit dem Aufnahmeland zu identifizieren und sich darin zu engagieren. In diesem Sinn bietet die anstehende Abstimmung die Chance, ein Willkommenszeichen zu setzen, das jene Personen zur vollwertigen Teilnahme und Teilhabe am öffentlichen Schweizer Leben ermutigt, die bereits seit Generationen hier leben.

Hinweis: Dieser Beitrag erschien am 19. Januar 2017 auf dem [Blog des NCCR on the move](#) der Universität Neuchâtel.

Literatur:

- Bloemraad, Irene (im Erscheinen). „Does citizenship matter?“ In Oxford Handbook of Citizenship, herausgegeben von Ayelet Shachar, Rainer Bauböck, Irene Bloemraad und Maarten Peter Vink. Oxford: Oxford University Press.

Foto: [Flickr](#).